

Die Politisierung und rechtliche Einhegung von Sexualität und Reproduktion in Polen: Moral, Demografie, (weibliche) Selbstbestimmung

von Michael Zok

Einleitung

Deutungskämpfe um Partnerschaft und Sexualität sowie damit verbunden um (weibliche) Reproduktionsrechte, die unter anderem Fragen von Verhütung und Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen beinhalten, sind auch im 21. Jahrhundert emotional diskutierte Themen. Aktuelle Fälle wie das sogenannte Heartbeat Law im US-Bundesstaat Texas, das Abtreibungen ab dem ersten Herzschlag des Fötus verbietet, stehen auf der einen Seite. Auf der anderen finden sich Liberalisierungsbestrebungen, etwa in Südamerika, wo in mehreren katholisch geprägten Ländern liberale Gesetze trotz des Widerstands der katholischen Kirche und konservativer Eliten erlassen wurden. Auch in Europa – und insbesondere in Polen – sind diese Themen nahezu allgegenwärtig. In einer Langzeitperspektive lassen sich „heiße“ und „kalte“ Phasen in einem Konflikt erkennen, den man analog zu Begrifflichkeiten aus den internationalen Beziehungen als „eingefrorenen Konflikt“ bezeichnen könnte.¹ Diesen Konflikt und seine verschiedenen Phasen nachzuzeichnen, ist das Ziel dieses Beitrags.

Einige Vorbemerkungen zu Fragestellung, Quellenauswahl und Akteur:innen

Die aktuell wieder aufgebrochenen Auseinandersetzungen („heiße Phase“) um (weibliche) Reproduktionsrechte in Polen sind Folgen eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom Oktober 2020, das Schwangerschaftsabbrüche aufgrund embryopathologischer Indikation für verfassungswidrig erklärte. Zuvor hatte die Rechtsprechung auf dem Gesetz von 1993 basiert, das Abtreibungen nur in wenigen Fällen, bei medizinischer und kriminologischer Indikation, erlaubte. Dieses Gesetz, häufig als „Kompromiss“² bezeichnet, und seine Genese stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags. Gerade an ihr und der Argumentation der Gegner:innen und Befürworter:innen lassen sich einerseits Konflikte um (weibliche) Reproduktionsrechte³ exemplifizieren. Andererseits sind die Auseinandersetzungen um den Schwangerschaftsabbruch aufgrund seiner moralischen Implikationen und seines kontroversen

1 Vgl. zum Themenkomplex der „eingefrorenen Konflikte“: Wim van Meurs: Eingefrorene Konflikte: Wie weiter mit den Quasistaaten?, in: Osteuropa 57 (2007), H. 11, S. 111-120; Dov Lynch: Unrecognized States in Eurasia: Frozen Conflicts, in: The World Today 57 (2001), H. 8/9, S. 36-38.

2 Małgorzata Druciarek: „Schwarzer Protest“ – in Richtung eines neuen „Kompromisses“ beim Abtreibungsrecht?, in: Polen-Analysen 11 (2016), H. 191, S. 2-6.

3 Ich folge hier den Gedanken von Helmut Kreß, der Reproduktionsrechte definierte als „das ‚Recht, positiv oder negativ über die eigene Fortpflanzung‘ und ‚über das ‚Ob‘ und das ‚Wie‘ der Fortpflanzung‘ eigenständig zu beschließen“. Vgl. Hartmut Kreß: Schwangerschaftsabbrüche im heutigen Kontext von Reproduktionsmedizin und Präimplantationsdiagnostik, in: Ulrike Busch, Daphne Hahn (Hrsg.): Abtreibung. Diskurse und Tendenzen, Bielefeld 2014, S. 139-162, hier S. 150.

sen Charakters deutlich wahrnehm- und somit analysierbar. Phasenübergänge hin zu „heißen Phasen“ können unter anderem durch rechtliche Vorgaben – insbesondere durch (geplante) gesetzliche Verbote oder Liberalisierungen – ausgelöst werden, während in „kalten“ Phasen der Konflikt jenseits der öffentlichen Wahrnehmung weiterschwelt. Dabei steht der Konflikt um den Schwangerschaftsabbruch stellvertretend für andere Auseinandersetzungen zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen einer liberalen Sexualmoral in der polnischen Nachkriegsgesellschaft, etwa um die Zulässigkeit „künstlicher Verhütungsmittel“, Scheidungen, oder aber auch um die Einführung und Ausgestaltung (außer-)schulischer Sexualerziehung⁴ und Eheberatung.

Sexualität, ihre Regulierung bzw. Normierung, und insbesondere die Frage nach der Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen ist jedoch nicht nur mit konfrontativen Moralvorstellungen verschiedener gesellschaftlicher Akteur:innen verbunden, sondern auch mit Fragen der Rechtsprechung und Demografie. Durch den Anspruch, (individuelles und kollektives) Sexual- und Fortpflanzungsverhalten in Abhängigkeit von den jeweils innerhalb der Eliten vorherrschenden demografischen Wunschvorstellungen zu formen, werden die verschiedenen Aspekte menschlicher Sexualität zu Gegenständen von Diskursen politischer Akteur:innen, was in diesem Beitrag unter „Politisierung“ verstanden wird. Diese Diskurse und Vorstellungen „korrekter“ Sexualität sowie die gewünschten Praktiken schaffen ein Spannungsverhältnis zwischen (versuchter) Normierung und Durchsetzung mithilfe legislativer Vorgänge und juristischer Prozeduren, was hier mit dem Begriff „rechtliche Einhegung“ von Sexualität gefasst wird, und der tatsächlichen Praxis der Individuen und Paare. Die Nichterfüllung dieser Vorstellungen und Normen führt zu Konflikten, etwa strafrechtlicher Natur, wobei der Beitrag aufgrund seines begrenzten Rahmens die Frage der Konflikte im Alltag nur streifen kann. Daher konzentriert er sich auf die Debatten um den Schwangerschaftsabbruch im Nachkriegspolen. Die Zeitspanne zwischen 1956 und 1993 bildet dabei den Schwerpunkt.

Der Beitrag kontextualisiert die Debatten um den Abbruch mit Vorstellungen von Partnerschaft und gibt einen knappen Überblick über die Entwicklung der Argumentationsstrategien der politischen Akteur:innen. Grob lassen sich diese in Gegner:innen (einer liberalen Regelung) der Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen, wie etwa die katholische Amtskirche und mit ihr verbundene Organisationen und *pressure groups*, sowie in deren Befürworter:innen unterscheiden. Zu den letzteren gehörten in der sozialistischen Periode etwa (wenn auch nicht uneingeschränkt) die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*, PZPR) sowie die staatlichen Frauenorganisationen.⁵

4 Vgl. Agnieszka Kościańska: *To See a Moose. The History of Polish Sex Education*, New York u.a. 2021.

5 Aufgrund der pandemischen Lage war es bisher nur möglich gewesen, die Unterlagen verschiedener Frauenorganisationen, die sich im Archiv der Neuen Akten (*Archiwum Akt Nowych*) in Warschau befinden, zu sichten. Dazu zählen etwa die staatlichen Frauenorganisationen während der kommunistischen Herrschaft wie die Frauenliga (*Liga Kobiet*) oder der Landesfrauenrat (*Krajowa Rada Kobiet Polskich*). Daneben konnten auch Unterlagen der jeweiligen Frauenunterorganisationen in den verschiedenen Parteien eingesehen werden, wie diejenigen der Frauenkommission (*Komisja Kobiet*) beim ZK der PZPR, oder auch des Frauenkreises (*Koło Kobiet*) der Partei Demokratische Union (*Unia Demokratyczna*). Die Analyse von (nichtstaatlichen) Frauenorganisationen, die in den Debatten um die rechtliche Neuregulierung des Schwangerschaftsabbruchs zwischen

Im Parlament gab es während der Volksrepublik mehrere Gruppierungen, die sich als Vertreter der katholischen Soziallehre verstanden: Dazu gehörte die Vereinigung (*stowarzyszenie*) PAX genannte Gruppierung „fortschrittlicher Katholiken“, deren Gründung nach Kriegsende von den Kommunisten erlaubt worden war, um Katholiken und Amtskirche voneinander zu entfremden.⁶ In den folgenden Jahrzehnten kamen weitere katholische Laiengruppen hinzu, wie etwa der Parlamentskreis Znak (Zeichen)⁷ sowie der Christliche Sozialverband (*Chrześcijańskie Stowarzyszenie Społeczne*, ChSS), die sich an den Debatten nach 1957 beteiligten. Für die 1980er Jahre nahm hingegen der Polnische Katholische Sozialverband (*Polski Związek Katolicko-Społeczny*, PZKS) eine wichtige Rolle ein. Ab 1989/90 traten dann „christliche“ Parteien auf. Hierzu zählten etwa die Christlich-Nationale Union (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*, ZChN), die Zentrumsallianz (*Porozumienie Centrum*) mit Jarosław Kaczyński an der Spitze, die Christdemokratische Arbeitspartei (*Chrześcijańsko-Demokratyczne Stronnictwo Pracy*) sowie weitere „christdemokratische“ bzw. „-nationale“ (Kleinst-)Parteien.

Auf der anderen Seite standen die (mehrheitlich) eine Liberalisierung favorisierenden Gruppierungen. Hierzu zählten unter anderem (vor allem aus pragmatischen Gründen, siehe unten) die PZPR sowie verschiedene Ministerien (für Bildung, Gesundheit, Justiz). Nach dem Ende des Kommunismus und der Auflösung der PZPR entstand an ihrer Stelle die Sozialdemokratie der Republik Polen (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polski*). Gemeinsam mit anderen linken Kleinparteien, die nicht aus der Konkursmasse der PZPR entstanden, sondern beispielsweise Traditionen der Zwischenkriegszeit aufnahmen, wie die Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*), bildeten sie das Bündnis der Demokratischen Linken (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*).⁸

Nicht zuletzt beteiligte sich auch die staatlich finanzierte Familienplanungsgesellschaft an den Diskussionen. Sie war ein Gremium, das im Zuge der Entstalinisierung unter dem Namen Gesellschaft für bewusste Mutterschaft (*Towarzystwo Świadomego Macierzyństwa*, TŚM; später dann Gesellschaft für Familienplanung bzw. -entwicklung, *Towarzystwo Planowania Rodziny*, TPR, bzw. *Towarzystwo Rozwoju Rodziny*, TRR) als Expert:innenvereinigung gegründet worden war. In den Debatten um das Abtreibungsrecht nahmen ihre Mitglieder eine ambivalente Position ein (siehe unten).

Im Beitrag stehen somit vor allem (männlich dominierte) kollektive Akteure wie Parteien, gesellschaftliche Institutionen, Ministerien, sowie die katholische Kirche und die mit ihr verbundenen Laienorganisationen im Mittelpunkt, die den Diskurs maßgeblich, wenn auch durchaus unterschiedlich in der Volksrepublik und in der postsozialistischen „Dritten Republik“, beeinflussten. Fand der Diskurs während der ersten Phase nahezu lediglich unter

1989 und 1993 intensiv beteiligt waren, steht noch bevor. Zur Frauenliga allgemein: Barbara A. Nowak: *Serving Women and the State: The League of Women in Communist Poland*, unpubl. doc. thesis, The Ohio State University 2004.

6 Vgl. Mikołaj Stanisław Kunicki: *Between the Brown and the Red. Nationalism, Catholicism, and Communism in Twentieth-century Poland. The Politics of Bolesław Piasecki*, Athens 2012.

7 Vgl. Andrzej Friszke: *Koło posłów „Znak“ w Sejmie PRL 1957–1976* [Der Parlamentskreis „Znak/Zeichen“ im Parlament 1957–1976], Warszawa 2002.

8 Siehe allgemein zu den Parteien und Koalitionen nach 1989: Westyna Gładkiewicz, Krystyna Anna Paszkiewicz u.a.: *Partie i koalicje polityczne III Rzeczypospolitej* [Parteien und politische Koalitionen der Dritten Republik], Wrocław 2004.

Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen den Akteuren statt, zeigen die Entwicklungen seit den 1980er Jahren ein Aufbrechen dieser hermetischen Konstellation. Eine zunehmende Thematisierung der Frage und die Mobilisierung der jeweiligen Unterstützer:innen für oder gegen ein liberales Abtreibungsrecht wurde im öffentlichen Raum möglich. Sie dauert im Wesentlichen bis heute an.

Familien, Reproduktion und Demografie in den Vorstellungen von Kirche und Partei: Stabilität und „Krisen“

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mit seinen horrenden Bevölkerungsverlusten waren prägend für die polnische Gesellschaft, sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit als auch in späteren Dekaden. Daher erscheint es nicht verwunderlich, dass Amtskirche und Kommunisten unmittelbar nach dem Krieg eine pronatalistische Politik verfolgten, um die Bevölkerungsverluste zu „kompensieren“.⁹ Für die konkrete Fragestellung bedeutet dies, dass nach dem Ende des Krieges hinsichtlich des Schwangerschaftsabbruchs wieder dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen wie vor dem Krieg herrschten. Seit 1932 war dieser aufgrund medizinischer sowie kriminologischer Indikation erlaubt.¹⁰ Während des Krieges hatten die deutschen Besatzer auch Abtreibungen auf Verlangen der Frau legalisiert, um ein zu schnelles Wachstum der polnischen Bevölkerung zu verhindern.¹¹ Die Rückkehr zum rechtlichen Rahmen von 1932 war jedoch einigen Akteur:innen zu liberal. So etwa einem Autor, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946) in einem Brief an das Arbeitsministerium die Abschaffung von Schwangerschaftsabbrüchen und das Verbot von der Bereitstellung von abortiven Medikamenten und Mitteln forderte.¹² Auch das polnische Episkopat kritisierte dies in einem Memorandum aus dem gleichen Jahr.¹³ Im Zusammenhang mit der geplanten Reform des Strafrechts forderte es 1952 eine härtere statt einer mildereren Bestrafung für illegale Eingriffe. Dabei argumentierten die Bischöfe demografisch

9 Vgl. Barbara Klich-Kluczevska: Making Up for the Losses of War: Reproduction Politics in Post-War Poland, in: Maren Röger, Ruth Leiserowitz (Hrsg.): Women and Men at War. A Gender Perspective on World War II and its Aftermath in Central and Eastern Europe, Osnabrück 2012, S. 307-328; Małgorzata Fidelis: „A Nation’s Strength Lies Not in Numbers.“ De-Stalinisation, Pronatalism, and the Law of Abortion of 1956 in Poland, in: Claudia Kraft (Hrsg.): Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Soziale Praxis und Konstruktion von Geschlechterbildern. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 17. bis 20. November 2005, München 2008, S. 203-215.

10 Vgl. Agata Ignaciuk: Abortion Debate in Poland and its Representation in Press, unpubl. master thesis, internat. and pol. studies, University of Łódź 2007, S. 36.

11 Vgl. Wiebke Lisner: Hebammen im ‚Reichsgau Wartheland‘ 1939–1945: Geburtshilfe im Spannungsfeld von Germanisierung, Biopolitik und individueller biographischer Umbruchssituation, in: Matthias Barelkowski, Claudia Kraft u.a. (Hrsg.): Zwischen Geschlecht und Nation: Interdependenzen und Interaktionen in der multiethnischen Gesellschaft Polens im 19. und 20. Jahrhundert, Osnabrück 2016, S. 237-263, hier S. 242.

12 Vgl. Archiwum Akt Nowych [Archiv der Neuen Akten, AAN], URM, 290/0/5/372, Bl. 1-2.

13 Vgl. Peter Raina: Kościół w PRL – Dokumenty. Kościół katolicki a państwo w świetle dokumentów 1945–1989. Dokumenty, Bd. 1: 1945–1959 [Die Kirche in der Volksrepublik Polen – Dokumente. Die katholische Kirche und der Staat im Lichte von Dokumenten 1945–1989, Bd. 1: 1945–1959], Poznań 1994, S. 40.

(jedoch mit Zahlen der Zwischenkriegszeit) sowie religiös-moralisch, indem sie sich auf das fünfte Gebot beriefen.¹⁴ Sie konnten sich damit jedoch nicht durchsetzen, stattdessen kam es zu einer Liberalisierung im April 1956 (siehe unten).

Die Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch war jedoch nur eines von vielen Konfliktfeldern zwischen Partei und Kirche. Generell entwickelten sich um die Fragen der Fortpflanzung und Familie Konflikte. Ein Beispiel war die Reform des Eherechts von 1946. Sie führte nicht nur zu einer Aufwertung der Zivilehe, sondern ermöglichte auch Scheidungen.¹⁵ Wenig überraschend kritisierte die katholische Kirche diese Entwicklung massiv, da sie fürchtete, dass eine Liberalisierung in diesem Bereich zu einer „Krise“ führe, die nicht nur die Familien, sondern auch die gesamte polnische Nation bedrohen werde.

Ein weiterer Faktor, den kirchliche Autoritäten und katholische Laien als Gefahr für eine „krisenhafte“ Entwicklung in den Familien wahrnahmen, war die weibliche Erwerbstätigkeit. Gerade hier gab es durchaus deutliche Unterschiede zwischen beiden Seiten, die ihren Ursprung unter anderem in den Verhältnissen nach dem Krieg hatten. Durch letztere war es zu einem massiven „Frauenüberschuss“ gekommen.¹⁶ Männer fehlten somit nicht nur in ihrer Eigenschaft als *bread-winner* und Familienväter, sondern auch als Arbeitskräfte. Um dennoch den „Wiederaufbau Polens“ zu verwirklichen, war die PZPR auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen. Daher wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit, vor allem jedoch in der Phase des Hochstalinismus (1948–1953), der Arbeitsmarkt für Frauen geöffnet. Frauen zogen in die sogenannten neuen, d.h. ehemals vor allem männlich konnotierten Berufe wie Bauarbeiter, Traktoristen etc. ein. Natalia Jarskas Monografie zu diesen „Frauen aus Marmor“ zeigt jedoch, dass – trotz aller propagandistischen Überhöhung – eine (finanzielle, aber auch politische) Gleichstellung der Geschlechter nicht erfolgte.¹⁷ Daher kam es auch durchaus in manchen Phasen der Volksrepublik zu einem „Bündnis“ zwischen Kirche und Partei, um Frauen vor einer Doppelbelastung „zu schützen“ und aus dem Arbeitsmarkt zu drängen.¹⁸

Der Fokus auf die Auseinandersetzungen um Frauenerwerbsarbeit verdeckte jedoch Parallelen zwischen der PZPR und der katholischen Kirche in Bezug auf die Familien. So zeigt ein Autorenkollektiv um Katarzyna Stańczak-Wiślicz, dass auch die Führungsebene der PZPR eine zunehmend konservativere Haltung gegenüber weiblicher Erwerbstätigkeit einnahm,¹⁹ etwa unter Edward Gierek in den 1970er Jahren.²⁰ Spätestens durch die massiven wirtschaftlichen Krisen zu Beginn der 1980er Jahre wurden weibliche Beschäftigte im Zuge von Reform- und Rationalisierungsmaßnahmen entlassen (wozu u.a. die Verlängerung

14 Vgl. ebenda, S. 345-347.

15 Vgl. Piotr Fiedorczyk: *Unifikacja i kodyfikacja prawa rodzinnego w Polsce (1945–1964)* [Die Vereinheitlichung und Kodifizierung des Familienrechts in Polen (1945–1964)], Białystok 2014, hier Kapitel 1.

16 Vgl. Klich-Kluczewska, *Making Up* (wie Anm. 9), S. 312.

17 Vgl. Natalia Jarska: *Kobiety z marmuru. Robotnice w Polsce w latach 1945–1960* [Frauen aus Marmor. Arbeiterinnen in Polen in den Jahren 1945–1960], Warszawa 2015.

18 Vgl. Katarzyna Stańczak-Wiślicz u.a.: *Kobiety w Polsce 1945–1989. Nowoczesność, równouprawnienie, komunizm* [Frauen in Polen 1945–1989. Modernität, Gleichberechtigung, Kommunismus], Kraków 2020, S. 85, 149.

19 Vgl. ebenda, S. 139 f., 149.

20 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XL-64, n.p.

des Erziehungsurlaubs dienen sollte).²¹ Dagegen regte sich innerhalb der Frauenkommission beim ZK der PZPR Widerstand.²²

Für beide Seiten nahm die Familie eine fundamentale Bedeutung in ihren sozial(politisch)en Programmen ein. So stellte etwa die erste kommunistische Verfassung von 1952 Ehe und Familie unter besonderen Schutz, wobei „kinderreiche Familien“ als besonders schützenswert galten (Art. 67.1).²³ Die neue Verfassung von 1976 übernahm dies ohne Veränderung (Art. 79.1).²⁴ Dies korrespondierte mit der Lehre der katholischen Kirche, die in der Familie die „primäre und wichtigste Zelle der religiösen Erziehung“²⁵ sah, wie ein Hirtenbrief aus dem Jahre 1962 betonte. Damit verbunden sah das Episkopat auch seine eigenen Aufgaben: „Die Familie ist im göttlichen Plan ein heiliger und heiligender Ort. Die Kirche wacht immer und überall über diese Heiligkeit und will immer in der Nähe der Familie sein, weil diese Gemeinschaft des Lebens und der Liebe, diese Bundeslade Gottes, von außen oder auch von innen – wie das heute häufig passiert – bedroht ist.“²⁶ Der Begriff „Zelle“ und die Aufgaben der Familie spielen in den Debatten um ihre Bedeutung eine zentrale Rolle. Während des Fünften Parteitags der PZPR erklärte etwa das ZK-Mitglied Irena Sroczyńska, dass

„die Partei die Familie als eine Institution behandelt, die wichtige soziale Funktionen erfüllt. Die Familie erzieht die junge Generation, bereitet sie auf das Leben vor und formt sozialistische Modelle von Idealen und Anstrengungen. Die Familie fördert die Herausbildung individueller Anstrengungen und verbindet sie mit gesellschaftlichen Zielen [...]“²⁷

Aufgrund dieser fundamentalen Bedeutung der Familie für Kirche und Partei war es das Ziel beider Seiten, deren Stabilität und Langlebigkeit zu garantieren.

Die Bedeutung, die der Staat (und somit auch die Partei) der Familie zugestand, zeigen Maßnahmen, die in den späten 1970er Jahren umgesetzt wurden: Einerseits wurden 1977 Familiengerichte einberufen, die unter anderem Scheidungs- und Unterhaltsfragen klären sollten, aber auch die Entziehung von Kindern aus „sozial pathologischen“ Familien anordnen konnten. Außerdem lässt sich eine intensive Beschäftigung innerhalb der PZPR mit Fragen von Familienleben und -politik sowie der „richtigen“ Erziehung feststellen.²⁸ Andererseits wurde ein Rat für Familienangelegenheiten (*Rada do Spraw Rodziny*) einberufen,²⁹ der etwa über die Ausgestaltung von Mutterschaftsurlaub sowie über die demografische Entwicklung diskutierte und sozialpolitische Vorschläge machte. Eine „Mutter – Kind –

21 Vgl. Stańczak-Wiślicz u.a., *Kobiety* (wie Anm. 18), S. 84, 142.

22 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XLII-31, n.p.

23 Vgl. <http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19520330232/O/D19520232.pdf>, pos. 232 [letzter Zugriff: 15.11.2021].

24 Vgl. <http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19760070036/O/D19760036.pdf>, pos. 36 [letzter Zugriff: 15.11.2021].

25 *Listy pasterskie Episkopatu Polski: 1945–1974* [Hirtenbriefe des Polnischen Episkopats: 1945–1974], Paris 1975, S. 268.

26 AAN, KC PZPR, 1354/XXXV-249, n.p.

27 AAN, KC PZPR, 1354/I-187, n.p.

28 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/LVIII-166, n.p.

29 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XL-37, n.p.

Familie in der Sozialpolitik“ genannte Analyse aus dem Jahre 1979 verdeutlicht die Verflechtung der verschiedenen Aspekte: „Das Problem der biologischen Kontinuität der Nation und die demografische Entwicklung der Gesellschaft, die von den reproduktiven Entscheidungen in der Ehe abhängen, führen dazu, dass junge Familien, ihre Lebensumstände und ihre Wohnungssituation Gegenstand der Beachtung von Gesellschaft, Partei und Regierung sind.“³⁰ Auch damalige soziologische Studien unterstrichen diese Bedeutung der Familie. Claudia Kraft stellt fest, dass in den Studien die Familie die wichtigste Institution auf der Mikroebene gewesen sei, während die Nation ihren Platz auf der Makroebene einnahm.³¹

Diese Entwicklungen und die Aufmerksamkeit, die Regierung und Partei (jungen) Familien zukommen ließen, können im Wesentlichen als Antworten auf die Vorwürfe durch die katholische Kirche betrachtet werden. Zweimal wandte sich das Episkopat in den 1970er Jahren in Memoranden direkt an die Regierung, die es beschuldigte, eine „antinatalistische“ Politik zu betreiben, und warnte vor „biologischen und moralischen Gefahren für die Nation“³². Dazu zählte das Absinken der absoluten Zahl von Lebendgeburten sowie die Anzahl von durchgeführten Abtreibungen (siehe unten), aber auch Scheidungen nahm das Episkopat als ein Problem wahr und sprach von einer „Krise der Ehe“. Zwar zeigten die offiziellen Zahlen in der Tat, dass es zu einem Anstieg gekommen war: Wurden 1960 2,3 Ehen pro 1000 Eheschließungen geschieden, war der Anteil bis 1975 auf 5 Scheidungen pro 1000 Ehen gestiegen. Dennoch hatte die Volksrepublik Polen eine der niedrigsten Scheidungsraten – selbst innerhalb des „sozialistischen Lagers“.³³ Ein Blick auf die Zahl der Eheschließungen lässt einen Trend erkennen, der der wahrgenommenen „Krise der Ehe“ entgegenlief: Alleine in den Jahren 1971 bis 1978 wurden 2,85 Millionen Ehen geschlossen.³⁴

Einfluss hierauf hatte unter anderem das 1964 reformierte Familien- und Fürsorgerecht, das die juristischen Hürden für die richterliche Anerkennung von Scheidungsgründen erhöht hatte. Das Justizministerium sah ein Jahrzehnt später in der Reform die Bereitstellung „aller progressiver Lösungen [...] zum Schutz der Dauerhaftigkeit der Ehe und der Familie“.³⁵ Das Ministerium betrachtete Scheidungen als „sozial unerwünschtes Problem“,³⁶ insbesondere jene, die Ehen mit kleinen Kindern betrafen. Daher belehrte das Ministerium die Richter, dass es sich bei einer Scheidung um eine Form der *Ultima Ratio*, (*Ogólnopolskie Biuro Komitetu Frontu Jedności Narodowej*) handle und sie nur in solchen Fällen zum Tragen angewandt werden solle, in denen „soziale Pathologien“ abgewendet werden müssten.³⁷ Dennoch stieg die Zahl der juristisch abgesegneten Scheidungen in den 1970er Jahren,³⁸ wobei auch innerhalb der Staatsbürokratie, wie etwa im Allpolnischen Büro des Komitees der Front der Nationalen Einheit (*Ogólnopolskie Biuro Komitetu Frontu Jedności*

30 AAN, KC PZPR, 1354/XXXIII-61, Bl. 267 f.

31 Vgl. Claudia Kraft: Paradoxien der Emanzipation. Regime, Opposition und Geschlechterordnungen im Staatssozialismus seit den späten 1960er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen 3 (2006), H. 3, S. 381-400, hier S. 393.

32 So die Titel der beiden Memoranden der Kirche, vgl. AAN, UdSW, 1587/125/119; AAN, UdSW, 1587/125/120.

33 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XL-35, n.p.

34 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XL-94, n.p.

35 AAN, MS, 285/0/11/1, Bl. 179.

36 AAN, MS, 285/0/11/16, Bl. 153.

37 Vgl. AAN, MS, 285/0/11/20, Bl. 47.

38 Vgl. ebenda.

Narodowej), die durch die Kirche wahrgenommene „Krise von Ehe und Familie“ als überzogen bewertet wurde.³⁹ Stattdessen argumentierten Expert:innen innerhalb der regierenden PZPR, dass die Zunahme an früh geschlossenen Ehen ein Beleg sei, dass sich die Institution Ehe bei jungen Menschen einiger Beliebtheit erfreue, somit „moralische“ Probleme eher zweitrangig seien. Stattdessen standen für sie vor allem die „sozioökonomischen Lebensbedingungen von Familien“ im Mittelpunkt.⁴⁰ Die Forderung der Kirche, dieser „Krise“ durch ein Verbot von Scheidungen entgegenzuwirken, wurde daher nicht umgesetzt – weder in der Volksrepublik noch im postsozialistischen Polen. Anders hingegen stellt sich die Situation bei der Frage der Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs dar.

Schwangerschaftsabbruch in polnischen Debatten bis in die 1970er Jahre: „Moral“ und „Demografie“

Eine andere „Krise“, die kirchliche Autoritäten und katholische Laien wahrnahmen, betraf die Geburtenziffern. Diese waren seit den 1950er Jahren sukzessive (mit Unterbrechungen) zurückgegangen, und die katholischen Akteur:innen sahen einen direkten Zusammenhang mit dem Gesetz vom April 1956, das Schwangerschaftsabbrüche aufgrund „sozialer“ Indikation erlaubte – ein Novum in der polnischen Geschichte, welches den Übergang zu einer ersten „heißen Phase“ einleitete. Waren die Diskussionen über Abtreibungen zuvor vor allem zwischen den Akteursgruppen ausgetragen worden und war das Thema während des Hochstalinismus generell tabuisiert gewesen, wurde es seit ungefähr 1955 breit diskutiert.⁴¹ Dabei wird deutlich, dass sich die Gegner:innen des Abbruchs verschiedener Strategien und Argumente bedienten. Diese reichten von moralischen über demografische bis hin zu medizinischen Argumenten.

Wie oben beschrieben, war bis April 1956 eine medizinische bzw. kriminologische Indikation die einzige Möglichkeit, einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Dennoch häuften sich Fälle, in denen Frauen aufgrund der Komplikationen nach „spontanen Aborten“ in die staatlichen Krankenhäuser eingeliefert wurden, was als Beleg für weitverbreitete illegale Abtreibungen interpretiert wurde. Für das Jahr 1955 schätzte das Gesundheitsministerium die Zahl der illegalen Eingriffe auf 300 000 pro Jahr.⁴² Die Sorge vor den massiven Schäden von illegal, unter schlechten hygienischen Bedingungen durchgeführten Abbrüchen – Infertilität und Tod – führte zu einer erstmals in der Geschichte der Volksrepublik offen geführten Debatte, bei denen die Medien (vor allem Rundfunk und Zeitungen) eine wichtige Rolle spielten. Schlussendlich wurden Abtreibungen – neben den

39 Vgl. AAN, BOK FJN, 183/0/956, n.p.

40 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XL-94, n.p.

41 Vgl. Aleksandra Czajkowska: O dopuszczalności przerywania ciąży. Ustawa z dnia 27 kwietnia 1956 r. i towarzyszące jej dyskusje [Über die Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Das Gesetz vom 27. April 1956 und die es begleitenden Diskussionen], in: Piotr Barański (Hrsg.): Kłopoty z seksem w PRL. Rodzenie nie całkiem po ludzku, aborcja, choroby, odmienności [Probleme mit Sex in der Volksrepublik Polen. Nicht vollständig humanes Gebären, Abtreibungen, Krankheiten, Andersartigkeiten], Warszawa 2012, S. 99-186.

42 Vgl. Małgorzata Fidelis: Women, Communism, and Industrialization in Postwar Poland, Cambridge u.a. 2010, S. 192.

bereits seit 1932 existierenden Bestimmungen – aufgrund von (juristisch nicht präzisierten) „sozialen Faktoren“ im April 1956 erlaubt. In der Präambel des Gesetzes findet sich auch ein Verweis auf die Notwendigkeit des Gesetzes, „um Frauen vor den negativen Effekten von Schwangerschaftsabbrüchen in unzulässigen Umständen oder durch Personen, die keine Ärzte sind, schützen“⁴³ zu können.

Dies war trotz des Widerstandes der katholischen Seite durchgesetzt worden.⁴⁴ Katholische Parlamentarier aus den Reihen von PAX wie Jan Dobraczyński hatten das Gesetz kritisiert und moralische Argumente mit postulierten demografischen Effekten verknüpfte. Einerseits waren Abtreibungen in seinen Augen wesensgleich mit Mord. Andererseits hatte er argumentiert – auch mit Bezug auf die polnische Geschichte –, dass das Gesetz einen „genozidalen“ Charakter besitze, wenn es Frauen den Zugang zu Abtreibungen massiv vereinfache. Er prognostizierte, dass das Gesetz den oben genannten Schutz der Frauen nicht garantiere, denn wenn mehr Frauen die Eingriffe vornehmen lassen würden, käme es seiner Ansicht nach zwangsläufig zu einem Anstieg von verheirateten Frauen.⁴⁵

Für die Unterstützer:innen stellte die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs das „kleinere Übel“ dar. Auch sie befürchteten eine massenhafte Infertilität von Frauen aufgrund von Abtreibungen, sahen diese Effekte jedoch vor allem als Folgen illegaler Eingriffe.⁴⁶ Andere Befürworter:innen betonten das Selbstbestimmungsrecht der Frau, während etwa Zofia Tomczyk während der Debatten im Sejm von einem Schritt zur Gleichberechtigung sprach.⁴⁷ Auch innerhalb der 1957 gegründeten Familienplanungsorganisation herrschte die Meinung vor, das „kleinere Übel“ tolerieren zu müssen, auch wenn die Organisation von den negativen medizinischen Effekten der Eingriffe überzeugt war und vor diesen warnte.⁴⁸ Für den weiteren Verlauf lässt sich zeigen, dass das Argument der weiblichen Selbstbestimmung, das Tomczyk prominent gemacht hatte, im Diskurs der Befürworter:innen in späteren Jahren nur eine zweitrangige Rolle einnahm.⁴⁹

Nach der Abstimmung im Sejm und der anschließenden Regelung durch das Gesundheitsministerium kam es zu einer „kalten Phase“ in diesem Konflikt. Diskussionen um Abtreibungen verschwanden aus der Presse, stattdessen gab es Berichte über die Verweigerung der jetzt legalen Eingriffe.⁵⁰ Innerhalb der katholischen Kirche und den Laienorganisationen

43 <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19560120061/O/D19560061.pdf> [letzter Zugriff: 15.11.2021].

44 Vgl. Czajkowska, O dopuszczalności (wie Anm. 41).

45 Vgl. ebenda, S. 147, 152-154. Insgesamt äußerten sich während der Debatte im Sejm zehn Personen zum Gesetzesvorschlag, drei Frauen (Maria Jaszczukowa, Zofia Tomczyk und Wanda Gościmińska), sieben Männer, wovon zwei Vertreter der katholischen Organisation PAX waren.

46 Vgl. Michael Zok: Körperpolitik, (staatstragender) Katholizismus und (De-)Säkularisierung im 20. Jahrhundert. Auseinandersetzungen um Reproduktionsrechte in Irland und Polen, in: *Body Politics* 7 (2019), H. 11, S. 123-158.

47 Vgl. Czajkowska, O dopuszczalności (wie Anm. 41), S. 147, 152.

48 Vgl. Agata Ignaciuk: „Ten szkodliwy zabieg”. Dyskursy na temat aborcji w publikacjach Towarzystwa Świadomego Macierzyństwa/ Towarzystwa Planowania Rodziny (1956–1980) [„Dieser schädliche Eingriff”. Diskussionen über Abtreibungen in den Publikationen der Gesellschaft für bewusste Mutterschaft/Gesellschaft für Familienplanung (1956–1980)], in: *Zeszyty Etnologii Wrocławskiej* 20 (2014), H.1, S. 75-97.

49 Vgl. Zok, Körperpolitik (wie Anm. 46).

50 Vgl. Czajkowska, O dopuszczalności (wie Anm. 41), S. 162 f.

schwelte die Unzufriedenheit mit der erreichten Regelung jedoch weiter. So schrieb etwa Primas Wyszyński nach der Sejm-Entscheidung an den Sekretär des Episkopats, Bronisław Dąbrowski, mit dem Verweis auf die seiner Ansicht nach „natürliche Rolle von Frauen“: „Das, was in der letzten [Sitzung des] Sejm[s] geschah, ist eine Ungeheuerlichkeit. Frauen, berufen, um Polen Leben zu geben, sprachen sich in den Kommissionen und im Plenum gegen die eigene angeborene und nationale Mission aus.“⁵¹ Wyszyński war hingegen überzeugt, dass die Ressourcen, über die der polnische Staat verfügte, ausreichen würden, um 60 bis 80 Millionen Menschen zu versorgen, und das Bevölkerungswachstum deswegen nicht gehemmt werden dürfe.⁵² Die Verknüpfung von Moral, Nation(alismus) und Demografie wird an dieser Stelle besonders deutlich, ist jedoch keine Seltenheit in der Argumentation der Gegner:innen der liberalen Gesetzgebung.

Ähnlich argumentierten verschiedene Parlamentsgruppen. Bereits Ende der 1960er Jahre reichte der Parlamentskreis Znak eine Anfrage an die Regierung ein. Skeptisch betrachteten dessen Mitglieder die „völlige Freiheit der Frau“, was ihrer Ansicht nach zwangsläufig zu Missbrauch führe. Daher schlugen sie eine Einschränkung der Indikationen vor, die einen Abbruch erlaubten.⁵³ Der damalige Gesundheitsminister widersprach den Argumenten des katholischen Parlamentsklubs auf das Heftigste und betonte, dass „eine der grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes die Einräumung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau“ sei. Er verteidigte die Gesetzeslage und argumentierte, dass, „[wie] die Erfahrung lehrt, die Anwendung von Verboten und Zwang zur Herausbildung von illegalen Verfahrensweisen und moralischen wie biologischen Schäden [führt]. Die Aberkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau würde zu Konflikten führen, die den Sinn des Gesetzes verzerren würden.“⁵⁴

Nur kurze Zeit später, 1971, thematisierten zwei weitere Eingaben beim Präsidenten des Sejm diese Fragen erneut. Zygmunt Filipowicz und Janusz Makowski, Mitglieder des ChSS, reichten am 19. Juni 1971 eine Anfrage ein und beriefen sich auf Aussagen von Demografen, die „seit einiger Zeit die öffentliche Meinung vor einem stetigen und relativ schnellen Rückgang der Bevölkerung“⁵⁵ warnen würden. Dies bedrohe die weitere Entwicklung des Landes. Hierfür seien vor allem die Abtreibungen verantwortlich, die mehrheitlich aus sozialer Indikation durchgeführt würden, was ihrer Ansicht nach dem Sinn des Gesetzes widerspreche. In ihrer Eingabe behaupteten die beiden Abgeordneten, dass es auch außerhalb der Ärzteschaft zu Abtreibungen käme. Zudem kritisierten sie die fehlende Präzision bei der Bestimmung der sozialen Faktoren, die einen Eingriff rechtfertigten. Daher forderten sie, den letzten Punkt juristisch zu definieren sowie illegale Eingriffe zu bestrafen. In ihren weiteren Ausführungen verwiesen sie darauf, dass kein ethisches System Abtreibungen erlaube.⁵⁶ Die nur wenige Wochen später eingereichte, auf den 31. Juli 1971 datierte Eingabe des Parlamentskreises PAX argumentierte primär demografisch: Mit der Frage nach der „Sicherung der Bedingungen für eine korrekte Entwicklung der Bevölkerung Polens“ verwiesen die Mitglieder von PAX darauf, dass „in unserem Land seit Jahren ein Rückgang der Geburten“ zu beobachten sei, wodurch Polen sein „realistisches Optimum“ nicht

51 Zit. nach ebenda, S. 161.

52 Vgl. AAN, KC PZPR, 237/XXVII-31, Bl. 197-200.

53 Vgl. AAN, KC PZPR, 237/XIV-372, Bl. 36-39.

54 Ebenda, Bl. 33 f.

55 AAN, KS, 737/0/760, Bl. 299-301.

56 Vgl. ebenda.

erreichen könne. Neben dem liberalen Abtreibungsrecht läge das vor allem an der Berufstätigkeit von Frauen, da diese im Falle einer Vollzeitstelle und dem Vorhandensein von mehr als zwei Kindern ihre (sozialen und erzieherischen) Aufgaben nicht erfüllen könnten. Hinsichtlich des Gesetzes von 1956 verband PAX demografische mit moralischen und medizinischen Argumenten: „Man muss schlussendlich sowohl hinsichtlich der Dynamik der Bevölkerungsentwicklung als auch im hohen Maße für die Gesundheit der Frau sowie auf moralischer Ebene die für die Gesellschaft schädlichen Folgen der breit angewandten Praxis des Schwangerschaftsabbruchs als kritisch beurteilen.“⁵⁷

Regierungsvertreter antworteten den beiden Eingaben. Vize-Premierminister Zdzisław Tomal stellte fest, dass es weder die Intention des Gesetzes von 1956 gewesen sei, Abtreibungen als Mittel der Geburtenregulierung einzusetzen, noch seien die Zahlen weiterhin so alarmierend hoch wie zuvor. Bezüglich der postulierten illegalen Eingriffe vermutete er, dass sie auf Unkenntnis der aktuellen rechtlichen Bestimmungen zurückzuführen seien.⁵⁸ Zudem führte er an, dass die Zahl der Frauen, die im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft bzw. eines Abortes starben, deutlich gesunken sei.⁵⁹ Eine restriktive Neuregulierung würde seiner Ansicht nach zu Zuständen vor 1956 führen und bezüglich der Demografie gab er zu bedenken, dass das Gesetz keinen Einfluss auf sie habe.⁶⁰ Ähnlich argumentierte auch Premierminister Piotr Jaroszewicz in seiner Antwort auf die oben zitierte Eingabe von PAX. Er verwies darauf, dass es keinen Grund gäbe, in der nächsten Zukunft die Bevölkerungspolitik zu verändern. Dies entspreche auch den Prognosen der Experten. Stattdessen verwies er auf die Errungenschaften im Bereich der Sozialpolitik, wie etwa die Verlängerung des Mutterschutzes. Hinsichtlich der Frage von Abtreibungen argumentierte er, dass ihre Effekte auf die demografische Entwicklung marginal seien, da die Zahlen zeigen würden, dass seit 1968 ein Anstieg an Geburten zu verzeichnen sei, obwohl das Gesetz nicht geändert wurde.⁶¹

Im Wesentlichen folgten die Parlamentarier von PAX und ChSS damit der Argumentation, die bereits ein Jahr zuvor, im Jahre 1970, das Episkopat in einem Memorandum an die Regierung verwendet hatte. Das auf den 18. Juli datierte Schreiben mit dem Titel „Memorandum des Polnischen Episkopats an die Regierung der Volksrepublik Polen in der Angelegenheit der biologischen und moralischen Bedrohung der Polnischen Nation“ zitierte amtliche Statistiken, wonach die Anzahl des absoluten Bevölkerungszuwachses seit 1955 gesunken sei. Lag dieser Wert 1955 noch bei 532 200 Personen, war er bis 1970 auf 268 500 herabgesunken. Grund hierfür sei, so das Memorandum, ein „Zusammenbruch der Fruchtbarkeit der Frau“, wodurch eine demografisch „unvorteilhafte“ Entwicklung eingetreten sei, sodass Polen eine „Depopulation“ drohe. Als Ursachen dieser „Krise“ identifizierte das Episkopat die Massenmedien, die „neue Modelle“ kleiner Familien propagierten, sowie das Gesetz von 1956 und dessen „unkontrollierte Anwendung“. Deshalb sei die Zahl der

57 Ebenda, Bl. 363 f.

58 Vgl. ebenda, Bl. 304.

59 In der Tat gaben die offiziellen Statistiken der Ministerien, u.a. für Justiz, die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Schwangerschaften und Komplikationen bei der Geburt in den 1970er Jahren im dreistelligen Bereich an (172). 1962 waren es noch doppelt so viele gewesen. Vgl. AAN, MS, 285/11/48, Bl. 160.

60 Vgl. AAN, KS, 737/0/760, Bl. 305.

61 Vgl. ebenda, Bl. 368 f.

Abtreibungen auf jährlich eine Million Eingriffe angestiegen, so das Memorandum weiter.⁶² Auch der Vorwurf, dass Abtreibungen wie ein „normales“ Verhütungsmittel benutzt würden, lässt sich darin finden. Zudem hielten die katholischen Würdenträger der Regierung und den Medien vor, die Eingriffe zu bagatellisieren und unzureichend über die negativen medizinischen Effekte aufzuklären.⁶³ Schlussendlich fasste das Memorandum zusammen:

„Die demografische Situation Polens ist höchst unvorteilhaft und zeugt von der Gefahr der biologischen Bedrohung unserer Nation. [...] Die moralischen und gesundheitlichen Konsequenzen der herrschenden antinatalistischen Einstellungen sowie die Desorganisation des geschlechtlichen Lebens und die in diesem Bereich verbreiteten Konsumvorstellungen deuten auf die Gefahr einer fortschreitenden Degeneration des Kollektivs hin.“⁶⁴

Stattdessen schlugen die Autoren des Memorandums vor, dem rumänischen Beispiel zu folgen und Abtreibungen zu verbieten.⁶⁵ Aus den Akten wird nicht ersichtlich, ob die damals Verantwortlichen – es handelte sich noch um die Parteiführung unter Władysław Gomułka, der erst im Dezember 1970 den Posten als Erster Sekretär räumte – auf das Memorandum reagierten. Noch im November 1970 beschwerte sich Wyszyński über die ausbleibende Reaktion seitens der Regierung.⁶⁶

Anders hingegen beim zweiten Memorandum des Episkopats aus dem Jahre 1977: Im zweiten Memorandum wiederholte das Episkopat seine Einschätzung von der „Fehlentwicklung“, die aus seiner Sicht in „einer deutlichen Delle im Kinderreichtum der Familien, die in den letzten 20 Jahren stattgefunden hat“, sichtbar sei. In seinem Memorandum machte es die Sozialpolitik der Regierung, vor allem deren „propagandistische Abwertung kinderreicher Familien“ und die mangelnde Wohnungsbaupolitik verantwortlich – sowie die Legalisierung der Schwangerschaftsabbrüche seit 1956. Wie zuvor kam es zu einer Vermengung von demografischen, patriotischen und moralischen Argumenten, während Fragen der weiblichen Gesundheit (diesmal) zweitrangig behandelt wurden.⁶⁷ Während das erste Memorandum unbeantwortet blieb, gingen die Verantwortlichen 1977 seinem Inhalt nach. Dazu wurden die Expertisen verschiedener Demografen (laut Aktenbestand allesamt männlich) aus unterschiedlichen staatlichen Institutionen angefordert und schlussendlich auf einer von Minister Kazimierz Kąkol im Februar 1977 einberufenen Konferenz diskutiert. Neben inhaltlichen und (gewollten) Interpretationsfehlern bei den amtlichen Zahlen im Memorandum wiesen die Experten die Folgerungen des Episkopats zurück, insbesondere jene von der „Gefährdung der biologischen Substanz der Nation“.⁶⁸ Stattdessen wurde betont, dass die

62 Den Umgang mit Zahlen in diesem Diskurs habe ich an anderer Stelle diskutiert. Vgl. Michael Zok: „To Maintain the Biological Substance of the Polish Nation“: Reproductive Rights as an Area of Conflict in Poland, in: *Hungarian Historical Review* 10 (2021), H. 2, S. 357-381, hier S. 358 f.

63 Vgl. AAN, UdsW, 1587/125/120, Bl. 40-47.

64 Ebenda, Bl. 48.

65 Vgl. ebenda, Bl. 49. Vgl. zu Rumänien: Gail Kligman: *The Policy of Duplicity. Controlling Reproduction in Ceausescu's Romania*, Berkeley u.a. 1998.

66 Vgl. AAN, UdsW, 1587/125/120, Bl. 39.

67 Vgl. ebenda, Bl. 1-21.

68 Ebenda, Bl. 181.

volkspolnische Gesellschaft eine normale Entwicklung durchlaufe, die sich mit anderen industrialisierten oder sich industrialisierenden Ländern vergleichen lasse.⁶⁹ Nirgendwo, d.h. in keinem europäischen Land, in dem ähnliche Prozesse abliefen, so der Demograf Jerzy Piotrowski, „ist es zu einer demografischen Katastrophe gekommen. Und des Weiteren ist das Hauptproblem der Welt eher der übermäßige Zuwachs der [globalen] Bevölkerung“.⁷⁰

Wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Zeit nach 1956 war diese „kalte Phase“ im Konflikt durch direkte Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen Akteursgruppen unter Ausschluss der öffentlichen Meinung und der Medien gekennzeichnet. Hierbei spielten unter den Gegner:innen des liberalen Gesetzes neben den kirchlichen Autoritäten vor allem katholische Laienorganisationen eine Rolle, die wenig überraschend in die Kritik der Amtskirche einstimmten. So errechneten die Klubs der Katholischen Intelligenz auf Grundlage nicht näher bezeichneter Zahlen, dass zehn Prozent derjenigen Frauen, die ihre erste Schwangerschaft abbrechen würden, infertil würden.⁷¹ Das Polnische Komitee zur Verteidigung des Lebens und der Familie, das in den 1970er Jahren aktiv war und eine enge Anbindung an die Amtskirche suchte, schlug in die gleiche Kerbe. Es errechnete 1977, dass 800 000 Pol:innen aufgrund der Gesetzeslage seit 1956 nicht geboren worden seien, und warf dem Gesetzgeber vor, dass das Gesetz für „das Unglück von Millionen von Frauen“ verantwortlich sei, die infertil geworden seien – dabei veranschlagte es deutlich geringere Abtreibungszahlen als das Memorandum von 1970. Wie bereits während der Diskussionen im April 1956 griffen die Mitglieder des Komitees wiederum den vermeintlich „genozidalen“ Charakter des Gesetzes an und setzten Schwangerschaftsabbrüche mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen gleich.⁷² Dies lässt sich neben dem Komitee auch für die Klubs der Katholischen Intelligenz (*Kluby Inteligencji Katolickiej*) nachweisen.⁷³

Katholische Institutionen versuchten immer wieder, die Frage der Neuregulierung des Schwangerschaftsabbruchs auf die Tagesordnung zu setzen. Neben den Eingaben im Parlament und an die Ministerien sowie den Memoranden des Episkopats thematisierten Hirtenbriefe und Predigten diese Frage häufig.⁷⁴ Trotzdem kam es zu keiner erneuten „heißen Phase“ mit intensiv geführten gesellschaftlichen Debatten und eingebrachten Gesetzesinitiativen mit Erfolgchancen. Dies war insbesondere der Zensur geschuldet, die kritische Aussagen unterband. Da das Hauptamt für die Kontrolle von Presse, Publikationen und Aufführungen (*Główny Urząd Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk*) in Publikationen eingriff, die das bestehende Gesetz kritisierten, ist es schwierig zu beurteilen, ob die Kritik der Kirche und der katholischen Organisationen überhaupt die breite Öffentlichkeit erreichte.⁷⁵ So entfernten deren Zensor:innen unter anderem Begriffe wie „Kindermord“, „Massaker an

69 Vgl. AAN, UdsW, 1587/125/119, Bl. 37.

70 Ebenda, Bl. 29.

71 Vgl. AAN, KIK, 2212/58, n.p.

72 Vgl. AAN, UdsW, 1587/127/271, n.p.

73 Vgl. AAN, KIK, 2212/383, Bl. 198, 237.

74 Vgl. z.B. Listy Pastorskie (wie Anm. 25), S. 540, 560, 608-610, 653, 669, 720.

75 Vgl. zum Begriff der Öffentlichkeit in staatssozialistischen Systemen: Gabor T. Rittersporn, Malte Rolf u.a.: Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs: Ein erster Blick aus komparativer Perspektive (Einleitung), in: Dies. (Hrsg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt a.M. 2003, S. 7-22.

ungeborenen Kindern“ oder auch die polemische Aussage, dass es „mehr Abtreibungen als Bevölkerungsverluste im Zweiten Weltkrieg“⁷⁶ gäbe.

Die von der katholischen Seite erhobenen Vorwürfe, eine antinatalistische Politik zu betreiben, aber auch eigene skeptische Prognosen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung führten dazu, dass Regierung und Partei reagierten – so „absurd“ die Vorwürfe der katholischen Seite auch sein mochten, wie Jan Kostrzewski in seiner Funktion als Gesundheitsminister bereits Ende der 1960er Jahre geäußert hatte.⁷⁷ So gab etwa Barbara Sidorczuk, Redakteurin der Frauenzeitschrift „Frau und Leben“ (*Kobieta i Życie*), zu bedenken, dass es vor allem die Doppelbelastung der Frauen sei, die diese davon abhalte, früher und mehr Kinder zu bekommen. Sie bezog sich auf Prognosen, in denen „Demografen warnen, dass das Abfallen der Geburtenzahlen zu einem für die biologische Zukunft der Nation bedrohlichen Phänomen werden kann“.⁷⁸ Selbst Edward Gierek teilte in seiner Funktion als Erster Sekretär der PZPR die Sorge um die demografische Entwicklung. Während eines Treffens mit weiblichen Delegierten im März 1975, dem Jahr, das von der UN zum „Internationalen Frauenjahr“ ausgerufen worden war, sprach er kurz vor dem Internationalen Frauentag davon, dass

„die demografischen Prozesse darauf hindeuten, dass Ende des Jahrhunderts die Zahl von 40 Millionen Polen überschritten werden sollte. Um die Arbeit, die wir begonnen haben, fortführen zu können, ist eine korrekte Entwicklung der Nation und eine optimale Bevölkerungs- und Altersstruktur notwendig. Um die Zahl der 40 Millionen am Ende des Jahrhunderts zu übertreffen oder auch nur zu erreichen, muss das Bevölkerungswachstum ansteigen. Unser Staat musste nicht immer eine aktive demografische Politik führen. Heute ist sie eine Notwendigkeit geworden.“⁷⁹

Bis Ende der 1970er Jahre verstärkten weitere Prognosen diesen Eindruck. So bezeichnete die Administrative Abteilung der PZPR den „Trend zur Dominanz von Familien mit einem oder zwei Kindern“ als „alarmierend“.⁸⁰ Eine Expertise ging sogar davon aus, dass es bereits 1985 zu einer Überalterung der Bevölkerung kommen werde.⁸¹ Somit ist nicht überraschend, dass es zu einer Annäherung zwischen Partei und Kirche in den 1970er Jahren kam, jedenfalls in Fragen von Demografie und Familienpolitik. Dies und die zunehmende Skepsis gegenüber weiblicher Erwerbstätigkeit⁸² führten dazu, dass in der PZPR über eine Kooperation mit der Kirche zur Durchsetzung bestimmter Ziele in der Sozialpolitik nachgedacht wurde, so etwa während der Diskussionen um das zweite Memorandum des Episkopats im Jahre 1977, als einer der regierungsnahen Experten die Ansicht vertrat, dass man ohne die Unterstützung der Kirche nichts gegen die Probleme in „Demografie, Familienleben und Sexualität“ ausrichten könne.⁸³

76 AAN, GUKPPiW, 1102/3684, Bl. 130.

77 Vgl. AAN, KC PZPR, 237/XIV-372 [B56687], Bl. 33 f.

78 AAN, KC PZPR, 1354/I-187, n.p.

79 AAN, BOK FJN, 183/0/978, n.p.

80 AAN, KC PZPR, 1354/XI-970, Bl. 122.

81 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/LVIII-759, n.p.

82 Vgl. Stańczak-Wisłicz u.a., *Kobiety* (wie Anm. 18), S. 78.

83 Vgl. AAN, UdsW, 1587/125/119, n.p.

Faktoren für einen Übergang zu einer „heißen Phase“: die späten 1970er und beginnenden 1980er Jahre

Die Annäherung zwischen Partei und Amtskirche war nur ein Faktor, der zu einer Veränderung der Rahmenbedingungen für die polnischen Debatten und zum Übergang hin zu einer „heißen Phase“ führte, die ihren Höhepunkt Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre erreichte.

Zu diesen Faktoren zählte die gesteigerte Bedeutung der katholischen Kirche in der polnischen Gesellschaft. War sie bereits zuvor eine der wenigen von der Staatsmacht nicht durchdrungenen Institutionen, so wurde ihre Rolle als Schützerin von Dissident:innen seit den 1970er Jahren zunehmend bedeutsam. Einige Dissidenten wie Adam Michnik etwa sahen in einem Bündnis zwischen Amtskirche und Dissident:innen Möglichkeiten für eine Demokratisierung Polens.⁸⁴ Von besonderer Relevanz war die Wahl des Krakauer Metropolit Karol Wojtyła zum Papst, die die PZPR, wie Edward Gierek es ausdrückte, als „große Komplikation für uns“⁸⁵ wahrnahm. Der neugewählte Papst Johannes Paul II. schickte sich an, sein Heimatland auf einer Pilgerreise zu besuchen, was er erstmal 1979 verwirklichte und dabei von der Bevölkerung frenetisch bejubelt wurde.⁸⁶ Bereits vor seiner Wahl hatte er sich Fragen von Ehe und Sexualität gewidmet,⁸⁷ häufig gemeinsam mit seiner engen Vertrauten Wanda Póltawska, die ebenso wie er eine konservative Einstellung zur Sexualität hatte.⁸⁸

Gestärkt durch die Autorität seines Amtes als Oberhaupt der katholischen Kirche griff Johannes Paul II. die Themen Ehe und Sexualität auf, und es entstand unter seiner Ägide die „Charta der Familienrechte“.⁸⁹ Gerade im polnischen Diskurs bildete er einen zentralen Referenzpunkt für die Anhänger:innen einer konservativen Sexualpolitik. Insbesondere während seiner „Pilgerfahrten“ nach Polen machte er sich für den „Schutz des ungeborenen Lebens“ stark, wobei die Intensität und Häufigkeit seiner Äußerungen zu diesem Thema in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunahm.⁹⁰ Diesen Impuls nahm die katholische Seite auf und verlieh den Forderungen nach einem Verbot der Abtreibungen somit Nachdruck.

Zugleich sah sich die PZPR neuen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Das latente wirtschaftliche Ungleichgewicht der zweiten Hälfte der 1970er Jahre hatte sich zu Beginn der 1980er Jahre zu einer schweren Wirtschaftskrise entwickelt, die von einer

84 Vgl. Adam Michnik: *Kościół, lewica, dialog* [Die Kirche, die Linke, der Dialog], Paris 1977.

85 Janusz Rolicki: *Edward Gierek. Przerwana dekada* [Die unterbrochene Dekade], Warszawa 1990, S. 135.

86 Vgl. Andrzej Friszke, Marcin Zaremba: *Wokół pierwszej pielgrzymki* [Rings um die erste Pilgerfahrt], in: Dies. (Hrsg.): *Wizyta Jana Pawła II w Polsce 1979. Dokumenty KC PZPR i MSW* [Der Besuch Johannes Pauls II. in Polen 1979. Dokumente des ZK der PZPR und des Ministeriums für Inneres], Warszawa 2005, S. 5-73, hier S. 67-70.

87 Vgl. Karol Wojtyła, Adam Stalony-Dobrzański: *Miłość i odpowiedzialność. Studium etyczne* [Liebe und Verantwortung. Ethische Studien], Kraków 1962.

88 Vgl. AAN, KIK, 2212/383, Bl. 96.

89 Vgl. https://www.vatican.va/roman_curia/ponti/cal_councils/family/documents/rc_pc_family_doc_19831022_family-rights_ge.html [letzter Zugriff: 15.11.2021].

90 Vgl. Johannes Paul II.: *Jan Paweł II w Polsce, 2-10 VI 1979, 16-23 VI 1983, 8-14 VI 1987: Przemówienia, homilie* [Johannes Paul II. in Polen, 2.–10. Juni 1979, 16.–23. Juni 1983, 8.–14. Juni 1987: Reden, Homilien], Warszawa 1989, S. 504, 670.

politischen Krise begleitet wurde. Streiks im Sommer 1980 führten zur Herausbildung der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität (*Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“*), die das Machtmonopol der PZPR in Frage stellte. Dieser politische Konflikt beherrschte die 1980er Jahre, und der katholischen Kirche kam in dieser Phase die Rolle eines Mediators zwischen beiden Seiten zu, was ihre Bedeutung weiter steigerte.

Die PZPR reagierte auf diese vielschichtige und stetige Krise: Die politische Krise sollte durch eine neue Führung unter General Wojciech Jaruzelski gelöst werden. Unter seiner Ägide wurde am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängt und die Gewerkschaft Solidarität für illegal erklärt. Wirtschaftlich versuchten verschiedene Regierungen Reformen durchzuführen, ohne das Machtmonopol der Partei und Grundsätze der „sozialistischen Wirtschaft“ aufzugeben. Betroffen von den Reformen waren vor allem Frauen, die ihre Arbeit verloren. Trotz Kritik aus den eigenen Reihen, vor allem durch die Frauenkommission beim ZK der PZPR,⁹¹ lässt sich die deutlich konservativere Einstellung der PZPR gegenüber weiblicher Berufstätigkeit (und auch der Gleichstellung) erkennen.⁹² Dies blieb der Frauenkommission beim ZK nicht verborgen. Bereits 1982 beschwerte sich deren Mitglied Eugenia Kempara über die Anschuldigungen der katholischen Zeitung „Das gemeinsame Wort“ (*Słowo Powszechne*), dass vor allem Frauen an der „niedrigen Moral der Gesellschaft“ schuld seien und dies unter anderem im Zusammenhang mit dem Abtreibungsrecht stünde. Verärgert zeigte sie sich auch über die mangelnde Unterstützung durch männliche Experten aus der Partei und resümierte: „Frauen mussten auf den verschiedenen Ebenen den Kampf alleine aufnehmen.“⁹³ Ihre Einschätzung scheint korrekt gewesen zu sein, denn in der Folgezeit erwies sich die Führungsebene der PZPR als willens, gewisse Kompromisse mit der Kirche einzugehen, die vor der Krise zu Beginn der 1980er Jahre eher unwahrscheinlich gewesen wären.

Angesichts der Streiks und politischen Unruhen 1980/81 sowie des Versuches, diese durch die Einführung des Kriegsrechts zu „befrieden“, bemühte sich die Führung der PZPR in der Folgezeit darum, die Kluft zwischen „Partei“ und „Gesellschaft“ zu schließen und ihr Machtmonopol zu erhalten – ohne den massiven Einsatz von Repressionen wie während des Kriegsrechts. Dies sollte in Form einer „nationalen Übereinkunft“ (*Porozumienie narodowe*) erfolgen.⁹⁴ Nichtkommunistische Organisationen sollten, unter anderem in der Patriotischen Bewegung der nationalen Wiedergeburt (*Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego*, PRON) eingebunden werden. Diese integrative Haltung führte dazu, dass zahlreiche kirchennahe Persönlichkeiten – etwa Mitglieder der Klubs der Katholischen Intelligenz – in staatliche Gremien eingebunden wurden und ihre Positionen an Gewicht zunahmen. Dies lässt sich etwa für den Rat für Familienangelegenheiten⁹⁵ oder auch für die Familienkommission des PRON zeigen (siehe unten).

91 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XLII-31, n.p.

92 Vgl. Stańczak-Wiślicz u.a., *Kobiety* (wie Anm. 18), S. 84.

93 AAN, KC PZPR, 1354/XLII-30, n.p.

94 Zur Idee und der Zielsetzung der „nationalen Übereinkunft“ seitens der PZPR, vgl. Wojciech Jaruzelski: *Przemówienia 1988* [Reden 1988], Warszawa 1989, S. 237-240.

95 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XLII-30, n.p.

Polen am Ende des Kommunismus: eine neue „heiße Phase“ – „Moral“ und „Wissenschaft“

Bereits die frühen 1980er Jahre waren durch eine Zunahme an Forderungen seitens katholischer Organisationen nach einem restriktiven Abtreibungsrecht geprägt. So lassen sich für die Jahre 1980/81 Gesetzesentwürfe des Polnischen Katholischen Sozialverbandes nachweisen, die mitunter auch eine Bestrafung der Abtreibenden vorsahen, wobei gerade diese Frage in den verschiedenen Entwürfen unterschiedlich beurteilt wurde.⁹⁶ Ein legislatives Verfahren kam anscheinend aufgrund der Einführung des Kriegsrechts nicht zustande. (Selbst für den 20. Dezember 1981 waren noch Versammlungen des Sozialverbandes geplant gewesen,⁹⁷ was darauf schließen lässt, dass auch seine Mitglieder von der Einführung des Kriegsrechts überrascht wurden.) Damit schien ein Übergang in eine „heiße Phase“ vorerst hinausgezögert worden zu sein.

Dies änderte sich jedoch in den späten 1980er Jahren. Nun erlebte die polnische Gesellschaft eine „heiße Phase“ in diesem Dauerkonflikt, die deutlich intensiver als vorherige Phasen war. Neu war, dass sich durch die veränderten politischen Umstände die Dynamiken deutlich wandelten, so etwa die Einbeziehung der öffentlichen Meinung und (nach 1989) der freien Medien. Unmittelbarer Auslöser für diese neue „heiße“ Phase waren weitere Gesetzesinitiativen zur Verschärfung des Abtreibungsrechts, die ihren Ursprung teils außerhalb des Parlaments hatten. Zugleich veränderten sich die Argumentationsstrategien in der Debatte: Während demografische Überlegungen in den Hintergrund traten, spielten insbesondere „wissenschaftliche Fakten“ eine immer bedeutendere Rolle, insbesondere unter den Gegner:innen eines liberalen Gesetzes.

Ein Beispiel sind die Klubs der Katholischen Intelligenz, die sich intensiv an den Diskussionen beteiligten. Während etwa die Stettiner Dependance 1987 das existierende Gesetz – in alter Manier – als Bedrohung für „die biologische Substanz der Nation sowie für deren moralischen Grundlagen“ bezeichnete, nutzten die Autor:innen der Stellungnahme eine vielschichtige Argumentation. Einerseits begründeten sie ihren Standpunkt typisch religiös-moralisch, indem sie etwa hervorhoben: „[A]ls Katholiken unterstreichen wir mit Nachdruck, dass ein künstlicher Abort eine bewusste Übertretung des fünften Gebotes ‚Du sollst nicht töten!‘ ist. Der künstliche Abort ist ein Mord mit dem Vorsatz, einen kalkulierten Nutzen zu erzielen. Nichts und niemand kann das Wesen des künstlichen Aborts ändern.“⁹⁸ Zudem verwiesen die Autoren auf internationale Rechtsakte, wie etwa die UN-Konvention gegen Völkermord, mit dem Abtreibungen gleichgesetzt wurden. Andererseits nahmen „wissenschaftliche Fakten“, vor allem unter Bezugnahme auf moderne Biologie und Genetik, eine immer bedeutendere Stellung ein. So erklärte der Klub, dass „es ein wissenschaftlicher Fakt [ist], dass das Leben mit der Empfängnis beginnt“, und dass „die zeitgenössische Genetik beweist, dass die Zygote alle zukünftigen Eigenschaften eines neuen menschlichen Wesens hat“⁹⁹.

96 Vgl. AAN, Akta Janusza Zabłockiego, 2690/0/-/78, n.p.

97 Vgl. ebenda.

98 AAN, KIK, 2212/333, Bl. 66.

99 Ebenda.

Wie sehr sich in den 1980er Jahren das politische (und damit auch das diskursive) Gefüge zugunsten der Gegner:innen des liberalen Gesetzes verschoben hatte, wird bei einem Blick auf die staatlichen Gremien, wie etwa der Familienkommission der PRON, deutlich. Die oben erwähnte Zunahme an kirchennahen Mitgliedern in diesen Gremien blieb nicht ohne Effekt. Dies lässt sich etwa an der Übernahme von argumentativen und rhetorischen Elementen aus dem Diskurs katholischer Organisationen und „Lebensschützer:innen“ nachweisen. So etwa im „Thesen [...] im Bereich der Situation polnischer Familien am Ende der achtziger Jahre“ betitelten Schreiben vom Januar 1989. Darin hieß es, dass junge Menschen darüber aufgeklärt werden müssten, dass „jede Abtreibung ein Mord an einem wehrlosen menschlichen Wesen“ sei. Noch deutlicher wurde die Hinwendung zur Rhetorik von „Lebensschützer:innen“ katholischer Provenienz bei der Forderung, dass der Sejm ein Gesetz „zum Schutz des empfangenen Kindes und seiner Eltern [in dieser Reihenfolge!] sowie die Anerkennung der Persönlichkeitsrechte des empfangenen Kindes“¹⁰⁰ umzusetzen habe. Im Gegensatz zu den nichtstaatlichen Klubs der Katholischen Intelligenz hatte also die „katholische Lebensschutz-Rhetorik“ bereits vor dem Ende des Kommunismus in Polen in staatliche Gremien Einzug gehalten.

Wie schnell und vehement sich die Situation veränderte, wird bereits im Verlaufe des Jahres 1989 deutlich. Nur einen Monat nach den oben zitierten „Thesen“ der Familienkommission des PRON wurde im Februar 1989, d.h. noch vor den halbfreien Wahlen¹⁰¹ im Juni, bei denen die PZPR quasi abgewählt wurde, ein erster restriktiver Entwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs im Sejm verhandelt. Diesen hatten 73 (mehrheitlich männliche) Abgeordnete unterschrieben, unter anderem einige Vertreter der PZPR, was innerhalb der Fraktion kritisiert wurde.¹⁰² Das Klubmitglied Krystyna Zielińska-Zarzycka zeigte sich verärgert über den Gesetzesvorschlag:

„33 Jahre ist das Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch in Kraft. In einem Land, in dem es [heute] keine Wohnungen gibt, in einem Land, mit einem der höchsten Zuwächse von Bevölkerung in Europa, in einem Land der Not, Armut, Krise ist die Aufforderung zum Schutze solch eines Kindes wirklich ein Schritt zurück, es gibt in Europa fast keinen Staat mehr, der so ein [restriktives] Gesetz hat. Aber wir sollen [ins Mittelalter] zurückkehren.“¹⁰³

Auch die Frauenliga schaltete sich nach der Einreichung des Entwurfs in die Diskussionen ein und beurteilte ihn als „Gefahr für die Freiheit der Frau“ und Eingriff in ihre grundlegenden Entscheidungsrechte. Insbesondere kritisierte sie die im Entwurf vorgesehene Strafe für Frauen, die eine Abtreibung vornehmen ließen. In den Augen der Liga-Mitglieder handelte es sich bei den Eingriffen um eine Ultima Ratio, die nur in Extremfällen – etwa Alkoholismus des Partners – angewandt werden sollte.¹⁰⁴

100 AAN, PRON RK, 1590/0/4/138, n.p.

101 Halbfrei daher, weil die Wahl zum Senat in der Tat frei war, beim Sejm jedoch nur 35% der Sitze frei gewählt wurden.

102 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/XXV-28, n.p.

103 Ebenda.

104 Vgl. AAN, KC PZPR, 1354/LII-56, n.p.

Doch die veränderte politische Situation zeigte in eine andere Richtung. Bereits im April 1990 arbeitete der ausschließlich aus Vertreter:innen der Gewerkschaft Solidarität bestehende Senat an einem Entwurf, der eine Verschärfung vorsah und auf einem Entwurf einer Expertenkommission des Episkopats basierte.¹⁰⁵ Versuche moderater katholischer Kräfte wie Józefa Hannelowa oder auch von Andrzej Wielowieyski, die Vorlage abzumildern, scheiterten. Dies um so mehr, als die „Hardliner“ in der Kommission ein möglichst repressives Gesetz als ein „Geschenk“ für Papst Johannes Paul II. betrachteten, der für das kommende Jahre eine weitere Reise nach Polen angekündigt hatte.¹⁰⁶ Im September verhandelte der Sejm den Entwurf, der ein Verbot von Abtreibungen – außer in Fällen von Gefahren für die Mutter – sowie von Kontrazeptiva vorsah.¹⁰⁷ In dieser Form wurde er jedoch von der Parlamentsmehrheit abgelehnt bzw. kam zur Überarbeitung in einer eigens dafür gegründeten Sonderkommission.

Seit den Wahlen 1991 regierten in schneller Abfolge zwei Mitte-Rechts-Koalitionen. Obwohl die Rivalität innerhalb der politischen Rechten zu instabilen Regierungskoalitionen führte, konnten sie zentrale Anliegen einer „katholischen“ Agenda umsetzen: die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in Schulen und die Unterzeichnung eines Konkordats mit dem Vatikan. Auch hinsichtlich der Verschärfung des Abtreibungsrechts waren sich die rechten Parteien einig.¹⁰⁸ Besonders deutlich wird dies in einem Flugblatt der Christdemokratischen Arbeitspartei: Hier nahm der „Schutz des Lebens“ die zweite Stelle auf der Prioritätenliste ein – gleich nach der Souveränität des polnischen Staates.¹⁰⁹

Für die der politischen Mitte zugehörige Demokratische Union, die Mitglied der zweiten Mitte-Rechts-Koalition war, stellte die Frage der Verschärfung des Abtreibungsrechts eine Zerreißprobe dar. Der parteiinterne Frauenkreis sowie die Abgeordnete Barbara Labuda machten sich für eine Neuregelung mit weitreichenden Ausnahmen und einer Fristenlösung stark.¹¹⁰ Dies führte nicht nur zu Angriffen seitens der politischen Rechten,¹¹¹ sondern auch von männlichen Mitgliedern der eigenen Partei.¹¹² Widerstand gegen eine Verschärfung leistete u.a. die parlamentarische Linke, die Gegenentwürfe einreichte¹¹³ und – wohl auch aufgrund der vorherrschenden parlamentarischen Verhältnisse – ein Referendum favorisierte.¹¹⁴ Diesem Ansinnen verweigerten sich die katholischen Institutionen. Stattdessen

105 Vgl. AAN, KIK, 2212/11, n.p.

106 Vgl. Joanna Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung in Polen? Zum Wandel der Geschlechterverhältnisse in der katholischen Kirche in Polen nach 1989, Bielefeld 2018, S. 110 f.

107 Vgl. Andrzej Kulczycki: Abortion Policy in Postcommunist Europe: The Conflict in Poland, in: Population and Development Review 21 (1995), H. 3, S. 471-505, hier S. 483.

108 Vgl. beispielsweise die Christdemokratische Arbeitspartei (Chrześcijańsko-Demokratyczne Stronnictwo Pracy [ChDSP]), AAN, ChDSP, 1807/1, Bl. 10; oder das Polnische Christdemokratische Forum (Polskie Forum Chrześcijańsko-Demokratyczne [PFChD]), AAN, PFChD, 2093/2, Bl. 62; sowie die von Jarosław Kaczyński geführte Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum [PC]), AAN, PC, 2764/13, n.p.

109 Vgl. AAN, ChDSP, 1807/261, n.p.

110 Vgl. AAN, UD, 2956/5, unpag.

111 Vgl. AAN, ChDSP, 1807/293, n.p.

112 Vgl. AAN, UD, 2956/11, n.p.

113 Vgl. AAN, SdRP, 1994/15/129, Bl. 2-4; AAN, PPS, 1969/5, n.p.

114 Vgl. AAN, SdRP, 1994/3/98, Bl. 63.

verwiesen sie – in diesem Falle waren es sowohl das Episkopat als auch Teile der Klubs der Katholischen Intelligenz – darauf, dass „der Schutz des Lebens“ nicht verhandelbar sei.¹¹⁵

Schlussendlich trafen in der Debatte am 7. Januar 1993 weltanschauliche, (a)religiöse, biologistische Einstellungen und Argumente aufeinander und zeigten die sich unversöhnlich gegenüberstehenden politischen Lager, wobei die Parteien der Mitte in dieser Frage zerrissen waren.¹¹⁶ Ein Beispiel mag Jacek Kurczewski sein, Mitglied des zur politischen Mitte zugehörigen Liberal-Demokratischen Kongresses (Kongres Liberalno-Demokratyczny). Während der Debatte entkoppelte er die zwei miteinander verschmolzenen Aspekte Moral und Strafrecht. So bezeichnete er zwar Abtreibungen als „schlecht“ und betonte, dass „es für niemanden Zweifel gibt, dass im Moment [...] der Vereinigung von männlicher und weiblicher Zelle [...] das Leben beginnt“. Jedoch wollte er die Frage der Strafe durch ein Referendum gelöst sehen.¹¹⁷ Abgeordnete wie Andrzej Wielowieyski von der Demokratischen Union verwiesen auf mögliche Schäden für die junge polnische Demokratie, falls das Parlament eine andere Entscheidung trafe, als die in den Umfragen zutage tretende mehrheitliche Unterstützung eines liberalen Abtreibungsrechts.¹¹⁸

Dessen Gegner:innen nutzten – anders als zuvor – weniger demografische oder moralische Argumente, als vielmehr „wissenschaftliche Fakten“ und juristische Begründungen – was auch kein Wunder war, da ein Großteil der Redner:innen während der Debatten Jurist:innen waren. Vertreter:innen der politischen Rechten wie etwa Jan Łopuszański von der Christlich-Nationalen Union oder auch sein Parteikollege Mariusz Grabowski benutzten diese sowohl im Vorfeld der Entscheidung im Sommer 1992 als auch während der Debatten unmittelbar vor der Abstimmung im Sejm am 7. Januar 1993. So erklärte Łopuszański, dass die „Tatsache des Beginns des Lebens im Moment der Empfängnis“ nicht von der „persönlichen Meinung“ abhängt, sondern ein „Faktum“¹¹⁹ sei. Ähnlich äußerte sich Grabowski.¹²⁰ Anna Knysok, die Vorsitzende der Sonderkommission, die speziell für die Überarbeitung des Gesetzes eingesetzt worden war, nutzte neben „biologischen“ Argumenten politische bzw. staatsrechtliche: Da es die Aufgabe des Sejm sei, über Frage des *common good* zu entscheiden, betrachtete sie die Idee der Lösung des Konflikts durch ein Referendum als unvereinbar mit der Rolle des Parlaments.¹²¹ Die rechte Parlamentsmehrheit folgte ihr, sodass durch das verabschiedete „Gesetz über Familienplanung, den Schutz des Fötus und die Umstände der Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen“ Abtreibungen nur noch in zwei Fällen zulässig waren: bei kriminologischer (Vergewaltigung, Inzucht, Geschlechtsverkehr mit einer Minderjährigen) oder bei medizinischer Indikation (Gefahr für Leib und Leben der

115 Vgl. Sabrina P. Ramet: *The Catholic Church in Polish History. From 966 to the Present*, New York 2017, S. 203; AAN, KIK, 2212/11, n.p.

116 Vgl. Michael Zok: (K)Ein ‚Kompromiss‘? Der Konflikt um die Neuregulierung des Schwangerschaftsabbruchs in Polen in den 1980er/1990er Jahren, in: *Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* (2021), H. 77, S. 164-182, hier S. 173-175.

117 Vgl. AAN, ZChN, 2410/6, Bl. 73 f, 76.

118 Vgl. ebenda, Bl. 68-70.

119 Ebenda, Bl. 462.

120 Vgl. ebenda, Bl. 82 f, 86.

121 Vgl. ebenda, Bl. 58.

Mutter sowie bei genetischen Fehlbildungen des Fötus).¹²² Doch der Verfassungsgerichtshof kassierte in seinem Urteil vom 22. Oktober 2020 den letzten Punkt (Abtreibung aufgrund „genetischer Fehlbildungen“) mit dem Verweis auf dessen mangelnde Konformität mit dem in Artikel 38 der Verfassung vom 2. April 1997 durch die Republik Polen garantierten „Schutz des Lebens“.¹²³

Politisierung von Sexualität: Schwangerschaftsabbruch in Polen – ein „eingefrorener Konflikt“ mit „heißen“ und „kalten“ Phasen

Der Beitrag verdeutlicht, dass die Diskussionen um den Schwangerschaftsabbruch Teil eines „eingefrorenen Konfliktes“ um die Vorstellungen von Sexualmoral in Nachkriegspolen waren bzw. sind. „Heiße“ und „kalte“ Phasen wechsel(t)en sich ab, wobei sich die Frage der Zulässigkeit seit dem Ende der kommunistischen Diktatur zu einem politischen Dauerthema entwickelte. Versuche einer weiteren Neuregulierung, die entweder mit einer Verschärfung oder einer Liberalisierung einhergingen, wechselten sich ab, wobei das Gesetz von 1993 nahezu unverändert blieb, jedenfalls bis zum Urteil des Verfassungsgerichtshofs 2020. Seitdem ist der Konflikt wieder in eine „heiße Phase“ getreten, wobei seine dauerhafte Befriedung unwahrscheinlich erscheint.

Zugleich zeigt der Beitrag die Faktoren, die insbesondere eine „heiße Phase“ hervorrufen konnten: geplante Gesetzesänderungen und gesellschaftlicher Widerstand für oder gegen die Zulässigkeit von Abtreibungen. Deutlich werden aber auch Veränderungen, die diese Auseinandersetzungen durchliefen: Auf der einen Seite sind sie eng mit dem jeweiligen politischen System sowie den Möglichkeiten und Handlungsoptionen politischer und gesellschaftlicher Akteur:innen verbunden. Wurden die Auseinandersetzungen in den früheren Dekaden der Volksrepublik vor allem zwischen den Akteursgruppen ausgetragen und die „Öffentlichkeit“ durch Zensur von der Partizipation ausgeschlossen, so änderte sich dies massiv seit den 1980er Jahren. *Pressure groups* wie die Klubs der Katholischen Intelligenz, aber auch geistliche Würdenträger steigerten den Druck auf das Parlament und konnten bereits vor den Wahlen im Juni 1989 einen Teilerfolg erringen, als der Sejm eine erste Verschärfung diskutierte. Ab 1989/90 kam es dann zu einer intensiven Debatte in den Massenmedien, die nun nicht mehr der Zensur unterlagen. In einer einmaligen historischen Situation – einem 1991 frei gewählten Parlament und zweier Mitte-Rechts-Regierungen, in denen mehrheitlich Gegner:innen des liberalen Gesetzes vereint waren – konnte die Verschärfung durchgesetzt werden.

Die Erosion des Machtmonopols der PZPR in den 1980er Jahren ist an dieser Stelle vielleicht besser als in anderen Bereichen zu erkennen. Einerseits durch die Kompromisse, die ihre Führung um des Machterhalts willen bereit war zu schließen, und andererseits an der Kritik weiblicher Parteimitglieder, die sich von ihrer Partei im Stich gelassen fühlten, was aufgrund der vorherrschenden „Parteidisziplin“ zuvor eher unwahrscheinlich war.

122 Vgl. <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19930170078/O/D19930078.pdf> [letzter Zugriff: 15.11.2021].

123 Vgl. <http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19970780483/O/D19970483.pdf> [letzter Zugriff: 15.11.2021].

Auf der anderen Seite zeigt der Beitrag aber auch die Vielschichtigkeit der argumentativen Strategien der Gegner:innen eines liberalen Gesetzes im politischen Diskurs. Hier wechselte sich die Priorisierung von religiös-moralischen, demografischen, gesundheitlichen und „wissenschaftlichen“ Argumenten ab. Deutlich wird, dass eine primär religiös-moralische Verdammung der Eingriffe nicht mehr überzeugen konnte, sodass auf demografische und wissenschaftliche Argumente und „Fakten“ zurückgegriffen wurde. Zugleich verdeutlicht der Beitrag die Stetigkeit der Bemühungen der Gegner:innen um eine Neuregulierung, die sich durch den ganzen Betrachtungszeitraum hindurchziehen, und gemäß dem Sprichwort „steter Tropfen höhlt den Stein“ schlussendlich im Gesetz von 1993 mündeten. Dies markierte jedoch nicht das Ende des Konfliktes, stattdessen scheinen sich in der „Dritten Republik“ „heiße“ und „kalte“ Phasen in einer immer schnelleren Abfolge abzulösen. Die Politisierung von Sexualität und die Auseinandersetzungen um eine rechtliche Umsetzung bestimmter Vorstellungen in diesem intimen Bereich des menschlichen Zusammenlebens dürften noch weiter andauern.

Summary

The discussion on reproductive self-determination and its rights, amongst others the question of the legitimacy of abortions, did and still does attract controversy in the Polish society. This article traces these arguments from a long-term perspective and illustrates the change from ‚cold‘ to ‚hot‘ phases. It explains discursive, argumentative and political shifts, in particular regarding the question of legitimacy of abortions: Whilst early on moralistic, then later demographic arguments of those opposed to a liberal abortion law dominated during the immediate post-war era, it was ‚scientific facts‘ and a link to the legal discourse on (human) rights which prevailed in the course of time. Generally speaking a close connection between the aspects of sexuality, right, demography and nation can be observed. In particular regarding the latter a rapprochement on the ostensibly irreconcilable positions of the rivalling Communist Party and the Catholic Church could be observed during the last two decades of the People’s Republic. Demographic considerations, a growing crisis-driven rhetoric as well as a conservative attitude towards female employment were increasingly significant. During the 1980ies it became apparent that conservative positions in the debates on family- and gender-policy were enforceable and for the sake of retaining power the Communist Party conceded to some of the demands of conservative circles. This development continued in post-socialist Poland and – due to the frequent eruption of conflicts between followers of liberal and restrictive sexual morals – it resulted in a confrontation in the Polish society which has continued until today.